Personalrat
Stadtverwaltung Bergisch Gladbach

Stadtverwaltung 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Bürgermeister
Lutz Urbach

Eingang
21. Nov. 2013
FB 1

**Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz**

Auskunft erteilt:
Hildegard Gitschier-Piepenbrock, Zimmer 426
Telefon: 02202/14-2456
Telefax: 02202/14-70-2456
H.Gitschier-Piepenbrock@stadt-gl.de

20. November 2013

**Entwurf des Stellenplans 2014 und die darin aufzunehmenden Veränderungen**
Schreiben der Verwaltung vom 14.11.2013

Sehr geehrter Herr Urbach,

in seiner Sitzung vom 20.11.2013 hat sich der Personalrat mit der o.g. Angelegenheit befasst und gibt zu den einzelnen Ziffern folgende Stellungnahme ab:

1. **Stellenveränderungen -Beschäftigtenstellen-**
   Die Stellenveränderungen entsprechen den Empfehlungen der Bewertungskommission vom 11.09.2013 und 20.09.2013 und werden vom Personalrat begrüßt.

2. **Stellenveränderungen -Beamtenstellen-**
   Die Stellenveränderungen entsprechen den Empfehlungen der Bewertungskommission vom 11.09.2013 und 20.09.2013 und werden vom Personalrat begrüßt.

3. **Vermerke**

   **3.1 ku-Vermerke (künftig umzuwandeln)**
   Der Personalrat nimmt die Anbringung von11,5 ku-Vermerken zur Kenntnis.

   **3.2 kw-Vermerke (zukünftig wegfallend)**
   Grundsätzlich spricht nichts gegen die Realisierung von kw-Vermerken, wenn die Stellen frei werden und die dort bisher erledigten Aufgaben auch tatsächlich nicht mehr wahrgenommen werden müssen. Allerdings ist am Beispiel der Produkte 4.410.010 Kulturförderung und 4.450. Kunst- und Kulturbesitz erkennbar, dass das nicht der Fall ist:

   Im Kulturbüro bleibt der Stellenanteil von 2,0 erhalten, obwohl ein kw-Vermerk von 0,5 realisiert werden soll. Ursache sind Überstunden, die seit diesem Stellenplan in den jeweiligen Produkten abgebildet werden. Damit wird deutlich, dass hier so viele Überstunden anfallen wie Stellen weggefallen sind, also von einem Aufgabenrückgang nicht die Rede sein kann.

In der Villa Zanders ist die Situation ähnlich: Dort erhöht sich der Stellenanteil von 5 auf 6 Stellen. Offenbar entstehen dort derart viele Überstunden, dass der echte Stellenbedarf noch gestiegen und nicht zurückgegangen ist.

Der Personalrat spricht sich ausdrücklich dafür aus, in diesen Bereichen von der Realisierung der kw-Vermerke abzusehen und diese aufzuheben. Solange die Aufgaben nicht reduziert sind, ist auch das entsprechend erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Andersfalls führt dies zu einer unverantwortlichen Überlastung des noch verbleibenden Personals.

**4. Verlagerung einer Stelle in die Abteilung Stadtgrün**

Die Verlagerung einer Stelle wird zur Kenntnis genommen.

**5. Neue und wegfallende Stellen**

**5.1 Fachbereich 1**

In seiner Sitzung vom 13.11.2013 hat sich der Personalrat mit der Organisations- und Personalentwicklung beschäftigt und die Organisationsänderung zur Kenntnis genommen. Aufgrund der veränderten bzw. gänzlich neuen Aufgabeninhalte der in der Organisationsverfügung dargestellten „NN-Stellen" wird eine Neubewertung dieser Stellen im Vorfeld einer Ausschreibung und Besetzung gefordert.

**5.2 Fachbereich 3**

**3-1 Baustellenmanagement**

Die Orga-Einheit 3-1 existiert noch nicht und die Stelle wurde zum Zeitpunkt der Vorlage noch nicht ausgeschrieben. Auch hier hält der Personalrat eine Bewertung der Stelle im Vorfeld einer Ausschreibung und Besetzung für erforderlich.

**3-32 Bekämpfung der Schwarzarbeit**

Der Personalrat begrüßt die Stellenzusetzungen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und für die weiteren Aufgaben im Ordnungsamt.

**3-33-468 Bürgerbüro**

Die im Bürgerbüro angesiedelte Stelle soll nach Einrichtung der Stelle im Baustellenmanagement -3-1-wegfallen. Als Begründung wird die HSK-Maßnahme 1.110.11: Streichung einer halben Stelle im mittleren Dienst pro Jahr genannt. Für den Personalrat ist nicht erkennbar und nachvollziehbar, warum dafür gerade diese Stelle verwendet werden soll, denn uns ist von einem Aufgabenrückgang in dem sehr publikumsintensiven Bereich nichts bekannt. Im Gegenteil, um den Bedarf zu decken wurde dort in der Vergangenheit eher noch mehr Personal gefordert und auch zugesetzt. Durch den Wegfall der Stelle ist vielmehr zu befürchten, dass die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgerbüro zusätzlich belastet werden.

**3-34 Standesamt**

Der Personalrat begrüßt die Stellenzusetzung zur Abdeckung des dauerhaft erhöhten Arbeitsaufwandes im Standesamt.

**3-37 Feuerwehr**
Die beiden Stellenzusetzungen werden begrüßt.
Der Personalrat erwartet die Ergebnisse der Berechnung des Personalausfallfaktors bei der Feuerwehr, um ev. weitere Stellenbedarfe erkennen zu können.

**5.3 Fachbereich 4: s. 3.2**

**5.4 Fachbereich 5**
Die Stelle **5-500-1056** soll u.a. als weitere Stelleneinsparung im m.D. (HSK-Maßnahme 1-110.11) umgesetzt werden. Für den Personalrat ist nicht erkennbar, ob hier tatsächlich Aufgaben weggefallen sind und die Stelle damit tatsächlich entbehrlich ist.

**5-550** Fachberatung Familienbildung und Kinder –und Jugendarbeit
**5-551** Sachbearbeitung Tagesbetreuung, Verwaltung Kindertagespflege und Spielgruppen

Die beiden Stellenzusetzungen werden angesichts der zu erfüllenden Aufgaben begrüßt.

**5.5 Fachbereich 6**
**6-1** Der Personalrat begrüßt die Einrichtung einer 0,5 Stelle für den Denkmalschutz.
**6-32-777** Die Umsetzung der HSK-Maßnahme 6.630.1 wird zur Kenntnis genommen.
**6-633** Der Personalrat begrüßt die Einrichtung einer 0,5 Stelle für die Sachbearbeitung Baulasten, weil die Aufgaben schon seit längerer Zeit von einer Vollzeitkraft ausgeübt wird.

**5.6 Fachbereich 7**
Der Personalrat begrüßt die Stellenzusetzungen im Umfang von 7,5 Stellen zur Erfüllung der Aufgaben.

**5.7 Fachbereich 8**
Dem Personalrat lag das Gesamtkonzept im Schulhausmeisterbereich vor, das zunächst probeweise eingeführt wurde. Grundsätzlich sehen wir den Wegfall der Hausmeister- und Reinigerstellen kritisch.

Die beiden Stellenzusetzungen im Hochbau und bei der Haustechnik werden begrüßt.

**Neue Stellen**

Bei der Stadtverwaltung sind wegen der Wiederbesetzungssperre 30 Stellen vakant.
Der hohe Krankenstand und die Zahl von 50 langzeiterkrankten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist besorgniserregend. In vielen Bereichen der Verwaltung ist eine unzumutbare Verdichtung der Arbeit festzustellen. Dies wird auch deutlich anhand der dem Personalrat vorliegenden Überlastungsanzeigen. Aus Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist uns bekannt, dass viele krankheitsbedingte Ausfallzeiten auf diese Überlastung zurückzuführen sind. Dem

kann nur begegnet werden, indem entweder die Aufgaben drastisch reduziert oder vereinfacht werden oder Personal zugesetzt wird.

Die Einrichtung von 22 neuen Stellen ist zu begrüßen. Bei gleichzeitiger Streichung von 12 Stellen entspricht das aber leider nur einer tatsächlichen Einrichtung von 10 neuen Stellen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber mengenmäßig nicht ausreichend. Die strukturelle Unterfinanzierung des städtischen Haushalts und die damit verbundenen Sparzwänge dürfen nicht länger zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung gehen. Gleichwohl erkennt der Personalrat an, dass die Dienststellenleitung hier ihre Fürsorgepflicht erkannt hat. Wir danken Herrn Urbach für sein Engagement in bzw. gegenüber der Politik und seine diesbezüglichen klaren Stellungnahmen in der Öffentlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Hildegard Gitschier-Piepenbrock
Vorsitzende

Michael Sommer
Beamtenvertreterin